

Die "Zeitung" erscheint täglich zweimal, Sonntag und Montag nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen "Freie Welt", "Frauen-Welt" und "Der Jugend-Bote". Der Bezugspreis beträgt bei freier Zustellung und Haus für den Monat April 36,- M., im voraus zahlbar. Durch die Post bezogen 32,- M. Bestellungen nehmen sämtliche Postämter entgegen. Unter Streifenband bezogen für Teufelsberg, Langs, das Saar- und Rheingebiet sowie die früheren deutschen Gebiete Polens und Litauens 60,- M., für das übrige Ausland 67,- M.

Die abendhellen Konzepte über deren Raum kostet 12,- M. einschließlich Infanterie. Klein-Anzeigen: Das feinstdruckte Wort 2,50 M., jedes weitere Wort 1,75 M., einschließlich Infanterie. Sonstige Anzeigen laut Tarif. Familien-Knaben und Stellen-Gesuche 8,- M., mehr pro Zeile. Stellen-Gesuche in Klein-Anzeigen: Das feinstdruckte Wort 2,- M., jedes weitere Wort 1,50 M.

Verlagsdruckerei Zentrum 152 90-153 90

Freiheit

Berliner Organ

der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Die Einheit des Proletariats

Ein historisches Moment

Nach mehr als zehnstündigen Beratungen der drei Exekutiven ist ein gemeinsamer Beschluß aller drei proletarischen Internationalen zustande gekommen. Es war ein historisches Moment, als der Vorsitzende, Genosse Fritz Adler, das Ergebnis der Beratungen, die Herstellung der proletarischen internationalen Einheitsfront bekanntgab. Unter voller Aufmerksamkeit der ganzen Konferenz führte er aus, daß große Schwierigkeiten zu überwinden gewesen seien, aber die Vertreter der drei Exekutiven hätten schließlich ihre Bedenken zurückgestellt und sich zu der gemeinsamen Willensfindung entschlossen. Die Erklärung, die von Vandervelde, MacDonald, Wels (2. Internationale), Adler, Brafe, Crispin (Wiener Arbeitsgemeinschaft), Radek, Zeilin, Prossard (3. Internationale) unterzeichnet ist, hat folgenden Wortlaut:

Die Konferenz ist einig, daß, so sehr die Vereinheitlichung der Massenorganisation des Proletariats wünschenswert ist, es im gegenwärtigen Moment sich nur um gemeinsame Beratungen zum Zwecke gemeinsamer Aktionen mit konkreten Zielen aller an der Konferenz vertretenen Richtungen handeln kann. Die Konferenz schlägt daher vor, daß die Exekutiven ihre Zustimmung zu der Einsetzung eines zentralen Proletarischen Organisationskomitees einholen, dem es obliegt, die Vorbereitung für weitere Konferenzen der drei Exekutiven sowie für Konferenzen in erweitertem Maßstabe unter Heranziehung von Parteien, die keiner der drei internationalen Organisationen angeschlossen sind, zu organisieren. Jeder Exekutive steht es frei, die Personen der Exekutive für die ihr zumutenden drei Mandate nach eigenem Ermessen zu bestimmen. In diesem Organisationskomitee kann es keine Mehrheitsbeschlüsse geben, es wird die Aufgabe haben, die gemeinsamen Gesichtspunkte der drei Exekutiven soweit sie erteilt werden, zum Ausdruck zu bringen.

Die Konferenz hält es für zweckmäßig, daß das einzuwendende Organisationskomitee den Versuch unternimmt, eine unverbindliche Aussprache zwischen den Vertretern des 2. Internationalen Gewerkschaftsbundes (I. G. V. Amsterdam) und den Vertretern der Roten Gewerkschaftsinternationale herbeizuführen, um die Frage zu prüfen, wie die Erhaltung und Wiederherstellung der gewerkschaftlichen Einheitsfront auf nationaler und internationaler Ebene gesichert werden kann. Die Konferenz nimmt Kenntnis von der Erklärung der Vertreter der Kommunistischen Internationale, daß in dem Prozeß gegen die 47 Sozialrevolutionäre alle von diesen gewünschten Verteidiger zugelassen werden, daß, wie in der Sowjetpresse bereits vor der Konferenz festgestellt wurde, in diesem Prozeß die Verhängung von Todesurteilen ausgeschlossen sein wird, daß, da die Verhandlungen dieses Prozesses öffentlich sind, folglich auch Vertreter aller drei Exekutiven als Zuhörer beizutreten können, denen es aus gesundheitlichen Gründen eine Ausnahme zwecks Berichtstattung an die Exekutiven angeschlossenem Parteien vornehmen zu lassen.

Die Konferenz stellt fest, daß jede der drei Exekutiven sich bereit erklärt, das von den verschiedenen Richtungen in Aussicht genommene Material über die Frage Georgiens entgegenzunehmen und einer Prüfung zu unterziehen. Die Konferenz beauftragt das Organisationskomitee, die Schlussfolgerungen dieser Prüfung zu sammeln und einer späteren Konferenz der drei Exekutiven Bericht zu erstatten.

Die Konferenz stellt fest, daß die Vertreter der 2. Internationale die Erklärung abgegeben haben, daß sie die Veranstaltung einer allgemeinen Konferenz während des Monats April, also während der Tagung der Konferenz von Genoa, nicht für möglich halten. Die Konferenz ist auch im Prinzip einig über die Notwendigkeit der möglichst raschen Einberufung einer allgemeinen Konferenz. Die Exekutiven übernehmen die Aufgabe, die ihnen angeschlossenem Parteien über die Fortschritte, die der Gedanke der allgemeinen Konferenz in der Beratung in Berlin gemacht hat, zu informieren und werden ihren Mitgliedern im Organisationskomitee Bestehen erteilen, die Beratungen über die Einberufung einer allgemeinen Konferenz zu einem endgültigen Ergebnis zu bringen.

Da die Organisation der allgemeinen Konferenz im Laufe dieses Monats aus dem oben angegebenen Umstand nicht möglich ist, erklärt die heutige Konferenz es als notwendige Pflicht gegenüber dem Anmarsch des internationalen imperialistischen Kapitalismus den geeinten Willen des internationalen Massenbewusstseins des Proletariats unmittelbar in einer internationalen Massenaktion zum Ausdruck zu bringen. Die Konferenz fordert daher die Arbeiter aller Länder auf zu kraftvollen, möglichst geeinten Massenlandzügen während der Konferenz von Genoa, und zwar am 20. April, und wo dies aus technischen oder organisatorischen Gründen nicht möglich ist, am 1. Mai zu demonstrieren.

Für den Achtstundentag!

Für die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit, die durch die Reparationspolitik der kapitalistischen Mächte ins Maßlose gesteigert wird!

Für die einheitliche Aktion des Proletariats gegen die kapitalistische Offensive!

Für die russische Revolution, für das hungernde Rußland, für die Aufnahme der politischen und wirtschaftlichen Beziehungen aller Staaten mit Sowjet-Rußland!

Für die Herstellung der proletarischen Einheitsfront in jedem Lande und in der Internationale!

Eine Erklärung der I. A. S. P.

Die Exekutive der I. A. S. P. forderte die Aufnahme des folgenden Passus in die gemeinsame Erklärung der 3 Exekutiven:

„Die Konferenz erklärt, daß es die Pflicht aller proletarischen Parteien ist, sich in ihrem Lande für die sofortige Befreiung aller politischen Gefangenen mit aller Energie einzusetzen, insbesondere jener, die sich noch aus der Zeit des offenen Bürgerkrieges in Untersuchung- oder Strafkast befinden.“

Die Delegation der Kommunistischen Internationale erklärte, diesem Passus nicht zustimmen zu können. Um das Resultat der gemeinsamen Konferenz wegen dieser Differenz nicht scheitern zu lassen, sieht sich die I. A. S. P. gezwungen, von der Aufnahme der vorstehenden Stelle in die gemeinsame Erklärung abzusehen, und stellt fest, daß die Kommunistische Internationale soviel Wert auf die fernere Gefangenhaltung von Sozialisten in Rußland legt, daß sie bereit war, dafür den Kampf für die Befreiung von proletarischen politischen Gefangenen, die in den Kerker der kapitalistischen Staaten schmachten, preiszugeben.

Die Exekutive der 2. Internationale hat sich dieser Erklärung der I. A. S. P. angeschlossen und macht sie sich zu eigen.

Die letzten ober-schlesischen Verhandlungen

Genf, 5. April.

Das Völkerbundsekretariat erläßt folgende amtliche Mitteilung: Der Präsident der deutsch-polnischen Konferenz Calonder hat die beiden Bevollmächtigten zu einer Besprechung eingeladen, um in der fröhlichen Frage der Liquidation des deutschen Besitzes in Polnisch-Oberschlesien einen letzten Versöhnungsversuch vorzunehmen. Diese Besprechung soll Samstag, den 8. April, 11 Uhr vormittags, stattfinden. Falls dieser letzte Versuch fruchtlos verläuft, wird Herr Calonder die beiden Bevollmächtigten zu einer öffentlichen Sitzung im Völkerbundsekretariat auf Mittwoch, den 12. April, 11 Uhr vormittags, einberufen und in dieser Sitzung seinen Schiedsspruch bekannt geben. Damit können die Verhandlungen als abgeschlossen gelten, und es würden nur die redaktionellen Arbeiten zu beenden sein, an denen der damit besonders vertraute Ausschuss eifrig arbeitet.

Wahlkampf mit Höllemaschinen

U. A. Budapest, 5. April.

Das Bombenattentat im Club der liberalen Partei, das sich gegen die demokratischen Politiker Rassy und Ruppert richtete, bildet den Gipfelpunkt des Terror-Veldzuges, den die Erwachenden Ungarns planmäßig gegen die Wahlkandidaten der oppositionellen Parteien führen. Wie durch die Enthüllungen der von der Opposition gebildeten Reichshilfsliga bekannt geworden ist, hat die Regierungspartei im Verein mit den Erwachenden Ungarn eine mit reichen Geldmitteln versehene Organisation geschaffen, deren Mitglieder bewaffnet sind und die Aufgabe haben, alle Wahlversammlungen der regierungsfeindlichen Parteien zu sprengen und die Wähler einzuschüchtern. Die bekanntesten oppositionellen Politiker wurden auf eine schwarze Liste gesetzt, an deren Spitze die Namen Ruppert und Rassy standen. Wie das jetzige Attentat beweist, scheint tatsächlich die gewalttätige Beseitigung aller der Regierung nicht genehmen Politiker beabsichtigt zu sein. Nach Bekanntwerden des Attentats fanden in Budapest Demonstrationen von Gummitrüffel-Bewaffneten „Erwachenden“ statt, die Hochrufe auf die Attentäter ausbrachten.

Das Ende einer wilhelminischen Herrlichkeit. Der vor dem Kriege vom Stapel gelassene Erbschbau der Kaiserzeit hat sich nicht halten können, der wegen des Kriegsausbruchs nicht fertiggestellt werden konnte und auf dem toten Ozean nabe der britischen Vulkanwerkst ankerter, ist jetzt auf Abbruch nach Kiel verkauft. Das Schiff wird von einem Hamburger Schlepper nach Kiel übergeführt.

Bayerische Politik

Im bayerischen Landtag haben die Beratungen über den Haushaltsplan begonnen. Der Ministerpräsident Graf Verchenfeld hielt aus diesem Anlaß eine Rede, in der er die Vorwürfe zurückwies, die gegen die bayerische Justiz erhoben werden. Die Justizbehörde in Bayern müsse mit aller Entschiedenheit verteidigt werden. Bayern denke auch nicht an einen Abban des bisherigen Ministeriums des Neuhären. Wenn auch jede selbständige auswärtige Politik der Länder aufgehört habe, so hätten doch die Länder nicht aufgehört, selbständige völkerrechtliche Subjekte zu sein. Sie hätten immer noch die Pflicht, auf die auswärtige Politik einen gewissen Einfluß auszuüben.

Diesen partikularistischen Ansichten gemäß vertrat der Ministerpräsident denn auch die Errichtung einer neuen Gesandtschaft in Stuttgart, da die bisherigen Gesandtschaften, die Bayern in anderen Ländern des Reiches hat, scheinbar noch ausreichen zur Durchsetzung des bayerischen Sonderstandpunktes. Demgegenüber ist die Beteuerung des Ministers, an der Zusammengehörigkeit Bayerns mit dem Reich festzuhalten, nur eine leere Phrase. Daß die Loslösungsbestrebungen in Bayern immer mehr Boden gewinnen, ist allbekannt. Im Reichstag spielte gestern sogar der volksparteiliche Abgeordnete von Kardorff, der sonst eine gemäßigtere Sprache führt, die Loslösungsbestrebungen mit drohender Geste gegen das Reich aus, indem er verlangte, den Bogen nicht zu überspannen und Bayern seine angeblichen Sonderrechte zu belassen.

Graf Verchenfeld verneinte in seiner Rede auch die Tätigkeit der bayerischen Behörden in Sachen der Verfolgung der Erzbergermörder und der Geheimorganisation C zu rechtfertigen. Er behauptete, daß alles, was über Bayern gesagt werde, un wahr und entstellte sei und daß diese Nachrichten zum größten Teil von Berliner Spitzeln stammten. Berlin brauche aber keine Spitzeln zu unterhalten, denn diese Gesellschaft arbeite von ganz allein und sei überall da zu finden, wo man die Bestrebungen, die Ruhe und Ordnung aufrecht zu erhalten, bekämpfe. Von Bayern wird nun immer behauptet, daß es das Land der müttergütigen Ruhe und Ordnung sei. Demnach dürfte die bayerische Regierung auch keine Spitzeln beschäftigen. Sie hat deren aber ein ganzes Heer und weist damit direkt nach, daß die Ruhe und Ordnung gerade durch die Tätigkeit der bayerischen Regierung gefährdet wird.

Uebersüssig zu sagen, daß die bayerischen Behörden nicht so einwandfrei arbeiten, wie es der Minister darzustellen versucht. Die Tatsache, daß in Bayern bisher noch kein rechtsgerichteter Mörder gefaßt worden ist, daß Bayern zu einem Schlupfwinkel der Verschwörer und flehbrüchlich verfolgten Verbrecher geworden ist, daß hohe bayerische Regierungsbeamte mit flehbrüchlich verfolgten Verbrechern intimen Verkehr gepflogen, ihnen zu falschen Pässen verholfen haben, diese Tatsache allein genügt zur Widerlegung des Ministers Graf Verchenfeld. Diese Tatsachen beweisen aber auch deutlich, warum gerade Bayern so beharrlich auf seine angeblichen Sonderrechte pocht.

Im Ganzen zeigt aber das Vorgehen Bayerns, daß die Revolution auf halbem Wege stehen geblieben ist. Sie hat es nicht einmal vermocht, den politischen Forderungen der Revolution von 1848 gerecht zu werden. Sie ist hinter dieser Revolution stehen geblieben. Nicht ein überspannter Staatsgedanke, nicht ein übertriebener Zentralismus, sondern der einfachste Zweckmäßigkeitsgedanke zwingt zu einer Vereinfachung der Verwaltung und damit zu einer Vereinfachung des Reiches. Sparsamkeitsgründe, die sich aus der finanziellen Notlage des Reiches von selbst ergeben, treiben geradezu zwangsläufig dazu, die Behördenapparate abzubauen, die Regierungsgeschäfte durch den denkbar geringsten Aufwand an Personen zu erledigen.

Bayern aber unterhält nicht nur seine Gesandtschaften, es hat auch ein Ministerium des Neuhären und selbst der Militärattaché in Berlin ist ihm verblieben, obwohl der Verfassung nach eine einheitliche Wehrmacht bestehen soll. Bayerns Politik ent-

spricht also weder den Bedürfnissen des Reiches, noch den Bedürfnissen des Landes. Sie hat auch nichts mit der Sonderart der bayerischen Bevölkerung zu tun. Sie wird lediglich von partikularistischen Gesichtspunkten geleitet, und diese Gesichtspunkte sind letzten Endes monarchistischer Natur, also reichsfeindlich und vollstverderbend.

Die Sachverständigen für Genua

Wie die V. B. N. hören, werden die nachstehenden Sachverständigen voraussichtlich zur Teilnahme an den Verhandlungen in Genua von Anfang an eingeladen werden:

Baltusch, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Christlicher Gewerkschafter; Bergmann, Staatssekretär, Deutsche Bank; Bernhardt, Schriftredakteur, Berlin, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Bücher, Geheimrat, Geschäftsführendes Vorstandsmitglied des Reichsverbandes der Industrie; Cuno, Geheimrat, Generaldirektor der Hapag-Dampfburg; Dübber, Geheimrat, Verwalter, Chemische Fabrik Bayer; Erlewang, Mitglied des Reichstages, Vorsitzender Reichstages, Arbeiter Gewerkschafter, Demokrat; Hue, Mitglied des Reichstages, Arbeiter Gewerkschafter; Verhandlungsvertreter; Kraemer, Direktor, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Wuppertal; Krentler, Geheimrat, Mitglied des Reichswirtschaftsrates; Kühnen, Direktor, Rohlenindustrie Essen; Melchior, Bankhaus Warburg, Hamburg; v. Mendelssohn, Chef des Bankhauses Mendelssohn, Berlin; Müller, Mitglied des Reichswirtschaftsrates, Mitglied des Reichstages, Reichswirtschaftsminister a. D.; Pons Dancn-Rösch, Vantier, Vorsitzender der Handelskammer.

Der Fall Hermes—Augustin

Die billigen Weingehäfte.

Der Untersuchungsausschuss des Reichstages in Sachen des Ministers Dr. Hermes hat am Mittwoch eine öffentliche Sitzung ab.

Als Zeuge wird zunächst vernommen Staatssekretär Dr. Ramm vom preussischen Landwirtschaftsministerium. Als dem Zeugen Mitteilung von der Bestimmung des Regierungsrats Dr. Augustin und von dem Eingriff in die Strohstoffpreise in Höhe von 7000 M. gemacht worden ist, hat er sich am 7. Mai 1921 wachend an den Minister Hermes gewandt in der Annahme, daß dieser für Ordnung in seinem Amte sorgen werde. Hermes hat Ramm gegenüber, der ihm 28 Jahre bei seinem Aufstiege geholfen hat, plötzlich eine feindselige Haltung eingenommen, er hat seine Warnung mißachtet und Augustin gedeckt. Zur kritischen Zeit, am 18. Mai, hat Staatssekretär Ramm dem Minister Hermes Mitteilung von den angeblichen Verfehlungen gemacht. Am 20. Mai ist dann trotzdem die Beförderung Augustins erfolgt.

Zeuge Staatssekretär Hübner erklärt: Die Verfehlungen sind nicht so schwerwiegend gewesen, um eine Maßregelung des Regierungsrats Dr. Augustin zu rechtfertigen, wenn auch die Heberhebung eines „Patengeschefts“ nicht anständig erscheint.

Minister Dr. Hermes betont, daß er scharfes und schroffes Vorgehen gegen Augustin gefordert habe, er hat sich aber vom Staatssekretär Hübner als dem ältesten erfahrenen Verwaltungsmann gestützt.

Zeuge Regierungsrat Dr. Wittling wird gefragt, ob vor seiner Vernehmung im Magdeburger Strohstoffprozeß eine Beeinflussung des Zeugen erfolgt sei. Der Zeuge lehnt dies zunächst ab, entwirft sich dann aber einer Unterredung mit Ministerialdirektor Köhler, die er so aufgefaßt habe, daß er sich der Aufklärung nähern sollte, daß Staatssekretär Hübner keine Kenntnis von dem Briefe Ramm habe.

Durch die Zeugenangaben des Staatssekretärs Dr. Ramm steht nunmehr endgültig fest, daß Staatssekretär Dr. Ramm bereits am 7. Mai 1920 Dr. Hermes brieflich von den Verfehlungen Augustins Kenntnis gegeben und am 18. Mai die Angelegenheit persönlich mit Minister Dr. Hermes besprochen hat. Minister Dr. Hermes hat bisher bekanntlich immer geltend gemacht, daß gegen Augustin deshalb nicht so gleich vorgegangen sei, weil er sich zu jener Zeit auf Urlaub befand und die Unterredung mit Staatssekretär Ramm erst gegen Ende Mai stattgefunden habe. Es konnte aber in der heutigen Verhandlung weiter festgestellt werden, daß Augustin erst am 15. Mai sein Urlaubsgesuch eingereicht hatte, daß es am 17. Mai genehmigt wurde, worauf Augustin dann erst am 21. Mai seinen Urlaub antret. Von der Vertreibung der heute vernommenen Zeugen, Staatssekretär Dr. Ramm, Staatssekretär Dr. Hübner und Regierungsrat Wittling wurde gegen die Stimmen des unabhängigen und kommunistischen Ausschussmitgliedes abgesehen, da keine Bedenken gegen die Glaubwürdigkeit der Zeugen vorlag. Dr. Veit forderte noch genaue Angaben über die Urlaubszeiten der Beamten des Reichsministeriums im Jahre 1920 und Vorlegung der Urlaublisten, aus denen sich möglicherweise Rückschlüsse auf die Zusammenhänge zwischen dem Urlaubsantritt Augustins und seinen Verfehlungen ziehen ließen.

Über die Weingehäfte des Dr. Hermes wurden heute nur einige Bemerkungen Dr. Veits entgegengekommen und der zufällig anwesende Zentrumabgeordnete Veltin, Mitglied des Bingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer, informativ zu der Sache gehört. In den Beweisanträgen Dr. Veit wurde die Herbeischaffung des noch fehlenden gesamten Briefwechsels, der vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft von Minister Dr. Hermes bzw. von Herrn Regierungsrat Ramm mit dem Bingerverband geführt wurde, gefordert. Da diese Unterlagen sich bei der Staatsanwaltschaft befinden, soll die Herbeischaffung auf Wunsch von Dr. Veit nur erfolgen, falls dadurch keine Verzögerung in dem von Hermes anhängig gemachten Verfahren gegen die „Freiheit“ eintritt. Er verlangte weiter die Herbeischaffung des Briefwechsels, der der ersten Weinstellung vom 27. April 1920 vorausgegangen ist, der Kassendächer des Trierer Bingervereins N. G., des Bingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer und die Belege über die von Minister Hermes geleisteten Zahlungen. In der Zwischenzeit hat Dr. Veit noch die Feststellung für notwendig, ob im Jahre 1921 eine weitere Zuerberlieferung des Bingerverbandes stattgefunden hat, da ein Brief des Bingerverbandes für Mosel, Saar und Ruwer von einem Gelehrten um Zuteilung von Weinzucker spricht, verbunden mit der Bitte um möglichst billigen Preis. Es sind vom Reichsministerium für Ernährung und Landwirtschaft Originalaktenstücke einzufordern, da das vom

Reichsministerium über die Zuerberlieferung eingereichte Aktenstück ein zusammengefügtes sei und anschließend nachträglich fortlaufend nummeriert worden ist. Außerdem wird noch der gesamte Briefwechsel des Bingerverbandes mit dem Reichsministerium und der Landwirtschaftlichen Abteilung des Reichswirtschaftsministeriums aus dem Jahre 1919 sowie die betreffenden Akten des Reichsausschusses für Oel und Fett zu genaueren Feststellungen über die aus einem Fonds zur Schädlingsbekämpfung erfolgte Barzahlung von 50.000 M. verlangt.

Abgeordneter Veltin gab eine Schilderung darüber wie die Binger seines Verbandes an ihn herankommen seien wegen der Zuerberlieferung, worauf er sich mit dem Ministerium in Verbindung setzte und das Anliegen weiter gegeben habe. Auch der Sitzung vom 18. Dezember 1920 habe er beigewohnt; er selbst habe in dieser Sitzung den Standpunkt vertreten, daß die Verteilung der Sonderzulassung nicht durch den Bingerverband, sondern durch die Kommunalverbände erfolgen solle. Seinem Wunsch sei aber nicht entsprochen worden. Von irgend welchen Beziehungen zwischen dem Bingerverband und dem Ernährungsminister sei ihm nichts bekannt gewesen. Auf Befragen des Veltin, daß es im allgemeinen in Bingerkreisen nicht üblich sei, Weine früherer Jahrgänge zu dem niedrigen Selbstkostenpreise abzugeben. Ob der Betrag von drei Mark für die Hermes gelieferten Weine den Selbstkostenpreis darstelle, konnte er erst auf Grund genauer Berechnungen feststellen. Er selbst habe auch einmal ähnliche Weine aus Freundschaft zu Vorzugspreisen abgegeben, jedoch 20 Mark pro Flasche erhalten.

Die nächste Sitzung des parlamentarischen Untersuchungsausschusses findet erst nach den Ferien, einen Tag vor Wiederrzusammentritt des Plenums, statt.

Kanonenschriften

Der Superintendent Raack hat dem in seinem Amtsbereich tätigen Pfarrer Pleier in Charlottenburg untersagt, Vorträge außerhalb seiner Gemeinde zu halten. Dagegen wird ein anderer Pfarrer derselben Gemeinde dauernd für Vortragsreisen verurteilt. Dieser Pfarrer gehört der Deutschen Volkspartei an; Pfarrer Pleier hingegen ist Sozialist und tritt öffentlich für den Weltfrieden und die Verhütung der Völker ein. In einem Schreiben vom 24. März hat es der Superintendent Raack unternommen, dem Pfarrer Pleier über seine Vortragsstätigkeit folgende Belehrung zu erteilen:

„Ich habe je länger je mehr den Weltfrieden und die Völkerberuhigung, wie Sie sie auffassen und öffentlich vertreten, für schädlich untereinander mit dem wahren Christentum und mit der auch von der christlichen Ethik geforderten männlichen Würde und Selbstbehauptung halten müssen.“

Der Superintendent Raack hält es also mit dem Christentum nicht für vereinbar, wenn ein Pfarrer für den Frieden eintritt. Hingegen ist er damit einverstanden, wenn die Pfarrer zum Völkerhaß und zum Revanchekrieg auffordern, und wenn sie, wie während des Krieges, das Rauben, Morden und Töten der Soldaten segnen. Wenn Christus heute noch leben würde — wir halten die Streitfrage hier aus, ob er überhaupt gelebt hat —, dann würde er diesen Superintendenten sicher zum Tempel hinausjagen. Weil dies nicht geschieht und nicht geschehen kann, hat Genosse Kleinspehn im Landtag eine Anfrage eingebracht, ob der Kultusminister die Lehre des Kanonenschriften Raack mit der Lehre Jesu, die die Pfarrer angeblich verkünden wollen und sollen, für vereinbar hält. Weiter wird gefragt, was das Staatsministerium zu tun gedenkt, um auch dem Pfarrer Pleier das ihm in der Reichsverfassung gewährleistete Recht der freien Meinungsäußerung zu sichern und ihn vor den Verfolgungen der Kanonenschriften, die nicht nur in seinem Kirchensprengel, sondern in ganz Deutschland sitzen, zu schützen. Auf die Antwort auf diese Frage kann man wirklich einmal gespannt sein.

Eine Schwindelmeldung

In der bürgerlichen Presse, namentlich in Sachsen, macht eine Notiz „Die Unabhängigen gegen den Achtstundentag“ die Runde, worin es heißt, daß im sozialpolitischen Ausschuss des Reichswirtschaftsrates bei der Debatte über die Arbeitszeit, die als Sachverständigen hinzugezogenen, bei den Reichheitssozialisten Wiffel und Paepow für Verbeibehaltung des Achtstundentages sich ausgesprochen hatten, während sich der unabhängige Sozialist Kaliski mit aller Entschiedenheit gegen eine schematische Verbeibehaltung des Achtstundentages geäußert hätte.

Diese Notiz ist ein frecher Schwindel. Kaliski ist nicht unabhängiger Sozialist, sondern Mitglied der rechtssozialistischen Partei und ein hervorragender Mitarbeiter rechtssozialistischer Blätter. Seine Gegnerische gegen den Achtstundentag teilt er mit anderen Rechtssozialisten, so dem früheren württembergischen rechtssozialistischen Minister Dr. Lindemann. Die Unabhängigen Sozialdemokratie hingegen hat sich stets und bei allen Gelegenheiten für die Verbeibehaltung des Achtstundentages ausgesprochen und gegen alle Versuche, ihn zu durchbrechen, sich mit aller Entschiedenheit gewendet.

Awaloff-Bermondt

Wie erinnert ist „Nark“ Awaloff-Bermondt, der in Berlin dauernd Wohnung genommen hatte, im Januar aus Preußen ausgewiesen worden. Die „Nark Fahne“ berichtet nun in ihrer Morgenausgabe vom 5. April, daß Awaloff-Bermondt sich wieder in Berlin aufhalte und in einem namhaft gemachten Kurhaus Wohnung genommen habe. Wie der amtliche Preussische Pressedienst hierzu erfährt, ist diese Meldung richtig. Awaloff-Bermondt hatte sich nach erfolgter Ausweisung nicht, wie man damals annahm, nach München begeben, sondern nach Hamburg, wo er bis jetzt gewohnt hat. Auf Anordnung des Reichsministeriums des Innern ist er nun auch von dort ausgewiesen worden, so daß er den Plan gefaßt hat, nach Amerika zu reisen. Er ließ in Berlin anfragen, ob es ihm vor der Abreise nach Amerika gestattet sei, etwa 8 Tage in Berlin Aufenthalt zu nehmen, um hier noch geschäftliche Angelegenheiten zu erledigen. Das wurde ihm gestattet unter der Bedingung, daß er der hiesigen

Polizeibehörde den Tag der Abreise, seine Berliner Wohnung und den Tag der Abreise mitteilt. Seit Ende voriger Woche weilt nun Awaloff-Bermondt tatsächlich in Berlin und steht unmittelbar vor der Abreise.

Welcher Art die „geschäftlichen“ Angelegenheiten sind, die Awaloff-Bermondt hier noch zu erledigen hat, wird leider nicht gesagt. Bermondt ist bisher nur als politischer Hochstapler und militärischer Abenteuerer aufgetreten. Auf diesem Gebiete scheint er sich auch noch in den letzten Tagen betätigen zu wollen und dafür sollen die etwas weniger Bekannten nicht zeigen, zumal nach dem Akzentat in der Philharmonie, das doch deutlich genug gezeigt hat, mit welchen „geschäftlichen“ Angelegenheiten sich die russischen Monarchisten hierzulande beschäftigen.

Produktionssteigerung der Landwirtschaft

Berlin, 5. April.

Heute nachmittag fand beim Reichspräsidenten eine Besprechung von Vertretern der Landwirtschaft mit Mitgliedern der Reichsregierung über die Fragen der Förderung und Steigerung der landwirtschaftlichen Produktion statt. Seitens der Reichsregierung nahmen an der unter dem Vorsitz des Reichspräsidenten abgehaltenen Sitzung der Reichsminister Dr. Wirth, Reichsminister Dr. Hermes und Staatssekretär Dr. Hirsch, ferner vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft Edler von Braun, Dr. Broschke, Freiherr von Kerkerin, von Nibing, von der Reichsarbeitsgemeinschaft land- und forstwirtschaftlicher Arbeitgeber- und Arbeitnehmervereinigungen Schurig, Rüdich, Behrens und Schmidt teil. Es wurden die Grundlagen für die Durchführung des vom Reichsausschuss der deutschen Landwirtschaft angeregten Disfwerks der deutschen Landwirtschaft in eingehender Aussprache erörtert. Die zu diesem Zwecke im einzelnen zutreffenden gesetzlichen und Verwaltungsmassnahmen werden auf Grund der heutigen Besprechung von den zuständigen Ressorts im Benehmen mit den Verteilungen der deutschen Landwirtschaft usw. alsbald vorbereitet und beraten werden.

Beamtenkreis in Italien. Die römischen Staatsbeamten planen einen Streik gegen die Beamten, weil ihnen keine Teuerungszulagen bewilligt sind.

Preussischer Landtag

Mittwoch, den 5. April.

Die zweite Beratung des Haushalts für Gesundheitsverwaltung wird fortgesetzt.

Abg. Barteld (Dem.) fordert, daß sich die Pferdezahl selbst erhalten müsse; die Staatszuschüsse müssen allmählich beseitigt werden. Der Pferdebestand hat seit 1919 abgenommen. Es besteht aber immer noch gegenüber der Vorkriegszeit ein Minus von 152.000 Pferden. Auf Leistungsprüfungen durch Wettrennen kann nicht verzichtet werden.

Landwirtschaftsminister Dr. Wendorf stellt fest, daß die züchterischen Wege, die die Gesundheitsverwaltung bisher eingeschlagen hat, von seiner Partei konstant wurden. Die Pferdezahl darf nicht auf die Verringerung durch Privatisierung beschränkt werden. Die Gesundheitsverwaltung hat sich bemüht, durch Erhöhung des Dea- und Kälbergeldes höhere Einnahmen zu erzielen. Die Staatszuschüsse sind keine Viehegabe an die Landwirtschaft.

Abg. Klauener (USP): Wir erblicken in den Zuschüssen des Staates weiter nichts als eine Liebesgabe an den Großgrundbesitz. Am Weizen, wo der Ackergrundbesitz vorherrscht, werden wenig Zuschüsse gewährt, während der Großgrundbesitz im Oden den Hauptteil erhält. Die Pferdezahl vor dem Kriege hatte den Zweck, dem Militär genügend Pferde zur Verfügung zu stellen. Das trifft heute nicht mehr zu. Trotzdem werden durch diesen Etat 41 Millionen Mark gefordert zu dem Zweck, Vollblut- und Halbblutpferde zu züchten, die keine Verwendung für die Landwirtschaft finden können, sondern nur für Rennzwecke. Die Pferdezahl soll nicht dem Ackergrundbesitz überlassen bleiben. Wir müssen vielmehr dazu übergehen, die für die bäuerliche Bevölkerung nötigen Wirtschaftspferde zu züchten. Das heute übliche Verfahren ist unrationell und unsozial. Die Deckelder müssen so erhöht werden, daß die Einnahmen und Ausgaben ins Gleichgewicht kommen. Der Gesundheitsverwaltung fehlt jedes soziale Verständnis für die Lage der ihr unterstellten Arbeiter. Während für den Bau von Arbeiterwohnungen keine Mittel vorhanden sind, während die Arbeitszeit verlängert und die Löhne und die Lebenshaltung der Arbeiter verschlechtert werden, werden viele Millionen für Rennzwecke verausgabt. Der Hauptzweck der Wettrennen ist nicht die Leistungsprüfung, sondern das Wetten. Darum müssen wir die Veranstaltung von Rennen als unmoralisch ablehnen. Gerade angeführt der Postlage in weiten Kreisen des Volkes sollte die Regierung und der Landtag nicht die Hand dazu heften, diesen Unfug zu fördern. Leider beteiligen sich auch Arbeiter an den Rennwetten, in der Hoffnung, dadurch ihre wirtschaftliche Lage durch mühselige Gewinne zu bessern. (Beifall bei den USP.)

Abg. Meyer (D. Hannover) fordert ein Gesetz für Osna-brück. Die 5 Proz. der Deckelder, die zu Leistungsprüfungen verwendet werden sollen, sollten den Pferdezüchtern zur Verfügung gestellt werden. — Abg. Graf zu Stolberg (USP) behauptet, daß zu Betriebsräten immer Leute gewählt werden, die den größten Mund haben. Darum müsse man ihre Angaben mit Vorsicht behandeln.

Ihm entgegen Genosse Klauener, daß seine Anschauung eine Verleumdung der Betriebsräte sei. Die Betriebsräte, die wirklich etwas im Interesse der Arbeiter durchsetzen wollen, werden entlassen. Wenn der Oberlandshausmeister behauptet, daß staatliche Gelder in Höhe von 40 Millionen Mark für Rennzwecke verwendet werden, dann ist das eine abschließliche Täuschung.

Nach Besprechung der einzelnen Titel ist der Etat der Gesundheitsverwaltung erledigt. Die Abstimmmungen werden Donnerstag nachmittag 4 Uhr stattfinden.

Es beginnt die zweite Beratung des Haushalts der Domänenverwaltung. — In der allgemeinen Besprechung führt der Sprecher der Sozialdemokraten, Peters-Hochhorn, aus: Die Einnahmen des Staates aus der Verpachtung der Domänen sind nicht so gesteigert worden, wie es möglich gewesen wäre. Anstatt der Steigerung der Verkaufspreise aller landwirtschaftlichen Produkte muß aus der Verpachtung der Domänen so viel wie irgend möglich herausgeholt werden. Keine politischen Freunde werden die Anträge ablehnen, durch die vom staatlichen Domänenbesitz Stücke zum Zwecke der Züchtung abgetrennt werden sollen.

Schluss 5 Uhr. — Nächste Sitzung Donnerstag 12 Uhr. — Tagesordnung: Forderung des Veranlassens, Gesetz zur Förderung des Wohnungsbaues, Fortsetzung der Beratung des Domänenetats, Abstimmmungen.

Wer vieles bringt...



wie wir es tun, wird sicher auch das haben, was Sie suchen und was Ihrem persönl. Geschmack entspricht.

Schon ein Blick in unsere Schaufenster wird Sie davon überzeugen!

Modernes Kleid aus guter, blauer Cheviotware mit entzückender anderfarbiger Garnierung

495.-



Mod. Plissee Rock mit interessanter Faltenlage, aus gol., blauer Cheviotware, sehr flott im Schnitt

Fescher Rock mod. Plisseeform, aus sehr geschmackvoll blau-weiß gestreitem Stoff

235.-

195.-

C&A

Königsstr. 33 **Chausseestr. 113**
Am Bahnhof Alexanderplatz **Beim Stettiner Bahnhof**

Wegen des erfahrungsgemäß starken Andranges auf unsere Inseratangebote können schriftliche Bestellungen auf dieselben nicht berücksichtigt werden!

Theater u. Vergnügungen

Volksbühne
7 1/2 Uhr:
Die Ratten

Neues Volkstheater
Rödelstr. 68
7 1/2 Uhr:
Perlephone

Staatstheater
Opernbühne
Sigmund-Bodenzell
6 1/2, 8 Uhr

Schauspielhaus
Peer Gynt
7 1/2, 10 Uhr

Deutsches Theater
7 1/2, 10 Uhr:
Gyano von Bergerac
Kammerspiele
8 Uhr: **Annal**
irohes Schauspielhaus
8 Uhr:
Dantons Tod

Theater I. d. Königgräzer Str.:
7.30 Die wunderlichen Geschichten des Kapellmeister Kreisler

Komödienhaus:
Tel. 7.50
"Gretchen"
Erika Glässner
R. A. Roberts

Berliner Theater
7 1/2 Uhr:
Einer von unsere Leut'
Cleving, Sabo
Haskel, Klefer

ROTTER-BÜHNEN
Täglich 7 1/2 Uhr:
Trilanon-Theater
DER VULKAN
Kleines Theater
Das Mies
Schokoladenmädchen
Residenz-Theater
Das Frau ohne Bedenken

Theater
am Nollendorfplatz
7 1/2 Uhr:
Die Ehe im Kreis

Casino-Theater
7 1/2 Uhr:
Nur noch bis 13. April
Familie Gänselein

Komische Oper
7 1/2 allabendlich 7 1/2
Die große Auswärtige-Operetten-Revue
Der Herr der Welt

Theater des Ostens
(Reiz-Theater)
7 1/2 Uhr:
Beirat auf Probe

Wallner-Theater
7 1/2 Uhr:
"Spitzenkönigin"

Apollotheater
Friedrichstr. 218
8 Uhr:
"Venus auf Erden"
Vorher: Große Variété-Attraktionen

Metropol-Varieté
Behrenstraße 54
"Der tote Punkt"
Duet, Terzette
von Pflanzler & Ziegler
Elsa Müller
Dancer, Riedel, Pausy
5 Ju. etros
Slier, Alvari, Libal
Reeves - Reeves
2 Borellis, Pflinay,
Jupain-Barts
Lotte Werkmeister

Thont. a. Kottb. Tor
Tel. Moritz 16077
Tägl. 7 1/2, 10 Uhr
Sto. nachm. 3 H.
Elite-Sänger
10 Personen
1918: Romf
Km. halb, Preis
Sof. 11-14, 14-6

CIRCUS BUSCH
Tel. 7 1/2, Sonn. nach 3 H.
2 Rätsel
Die ungarische Heilscherin!
Der geheimnisvolle Mexikaner!
Mangenschaustück
Nörrebecker, der Seeräuber.

Waltheim-Theater
7 1/2 Uhr
Don Cesar

Musiker
Für alle Gelegenheiten
führt die Orchesterleitung
des Deutschen Musikerverbands,
Rolf-Wehling-Str. 31, Koch. 968.

Rauchtabak
Pfund 18 Mark
Holländer . . . 20 Pf.
Schwartz, Kammern 22 Pf.
Victoria . . . 23 Pf.
Gold & Honig . . . 27 Pf.
Rund
Dr. Hamb. rger
Gräbe 1.

Altmetalle
zahl. hohe Preise, Ober-
be ger. Str. 1, Reinhold-
bocker Str. 107.

Preiswert und gut
kauft man
Damen- und Herren-Stoffe im
Tuchhaus M. E. Freitag — BERLIN C —
Moikennmarkt 14/15
Größte Auswahl in Westpreußen bis zu den besten Qualitäten.

Phorosanos
(Deutsch. Reichs-Patent)
zur schnellen schmerzlosen Behandl. ohne Berührung aller
Harnröhrenleiden
besonders hartnäckige Ausflüsse. Sofort elektr. Durch-
leuchtung und mikroskopische Untersuchungen. Besondere
Abt. f. Haut- u. Syphiliskrankte sow. Mänerschwäche u.
Frauenleiden. Günstige Heilerfolge u. Dankschreiben.
Aerztl. Leitung, Untersucht. u. Beratung kostenlos. Kein
Kranker braucht seinen Namen anzugeb. Teilzahlung.
Phorosanos-Heilanstalten, Potsdamer Straße 106, nahe
Steglitzer Str., Brunnenstr. 11, n. Rosenthalerpl. Sprechz. 9-12
u. 1-7, Sonn. 10-12. Getrennte Warterräume f. Dam. u. Herr.

Dukaten-Gold 900 gest.
14 Karat-Gold 585 gest.
8 Karat-Gold 333 gest.

Stück von 70 Mk. an
TRAURINGE
billiger
Sind vorrätig am Lager
Trauringefabrik Minoga
BERLINO.
Grüner Weg 69
1. Filiale:
Dresdener Str. 31

Briefwechsel zwisch. Schiller u. Goethe
352 Seiten stark und gut gebunden je 5.- Mk.
Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C 2, Breite Str. 8-9

Deutscher Metallarbeiter-Verein
Vermittlungsstelle Berlin

Lodes-Anzeige
Den Kollegen zur Rechtfert. beh. unter
Kollage, der U-Mantel

Paul Ruhlig,
Kunsthilf, Gröbstraße 17,
am 28. d. Mts. gelieben ist.
Ehe seinem Andenken!
Die Einbürgerung findet am 31. März, bei
8. 4. 22, nachm. 2 Uhr, bei der Zeichenhalle
des Krematoriums Baumgartenweg, Kirch-
hofstraße am 11.11.
S. ge. Bei Abgung ermordet.
Die Erbschaftswalt.

Wichtige Neuerscheinungen
Des Verlages der Kommunistischen Internationale

In Kürze erscheint:
Die Taktik der Kommunistischen Internationale gegen die Offensive des Kapitals. (Bericht über die Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale. Moskau, vom 24. Februar bis 4. März 1922)
Preis Mk. 30.— (Organisationsausgabe Mk. 15.—)

In rascher Folge erscheinen:
G. Sinowjew: Die Kommunistische Internationale und die proletarische Einheitsfront (Rede, gehalten in der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 24. und 28. Februar 1922 in Moskau)
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
CLARA ZETKIN: Der Kampf der kommunistischen Parteien gegen Kriegsgefahr und Krieg (Bericht auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 2. März 1922 in Moskau)
Preis Mk. 7.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
L. TROZKI: Die Fragen der Arbeiterbewegung in Frankreich und die Kommunistische Internationale (Zwei Reden, gehalten auf der Konferenz der Erweiterten Exekutive der Kommunistischen Internationale am 26. Februar und 2. März 1922 in Moskau)
Preis Mk. 6.— (Organisationsausgabe Mk. 3.—)
KARL RADEK: Genus, die Einheitsfront des Proletariats und die Kommunistische Internationale (Rede auf der Konferenz der Moskauer Organisation der Kommunistischen Partei Russlands)
Preis Mk. 7 (Organisationsausgabe Mk. 3.—)

Bereits erschienen:
N. LENIN und G. SINOWJEW: Gegen den Strom (Gesammelte Aufsätze aus den Jahren 1914-17)
Preis gebd. Mk. 80.—, brosch. Mk. 60.—
(Organisationsausgabe geb. M. 45.— brosch. 30.—)
N. BUCHARIN: Oekonomik der Transformationsperiode
Preis geb. Mk. 60.—, brosch. Mk. 45.— (Organisationsausgabe geb. M. 30.—, brosch. M. 20.—)
M. PHILIPS PRICE: Die russische Revolution (Erinnerungen aus den Jahren 1917—1919)
Preis geb. Mk. 50.—, brosch. Mk. 44.— (Organisationsausgabe geb. Mk. 35.—, brosch. Mk. 18.—)
KARL RADEK: Wege der russischen Revolution
Preis Mk. 8.— (Organisationsausgabe Mk. 4.50)
L. TROZKI: Die Rote Armee der Sowjetrepublik auf der Wacht (Rede auf dem IX. Sowjetkongress in Moskau)
Preis Mk. 10.— (Organisationsausgabe Mk. 5.—)
A. WASKI: Rosa Luxemburgs Stellung zu den taktischen Problemen der Revolution
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 2.—)
E. VARGA: Die Lage der Weltwirtschaft und der Gang der Wirtschaftspolitik in den letzten drei Jahren
Preis Mk. 4.— (Organisationsausgabe Mk. 2.50)

Zu beziehen durch:
Verlag Carl Hoym Nachf., Louis Cahnbley, Hamburg
sowie durch sämtliche Buchhandlungen und Organisationen der K. P. D.

Gewaschen mit
Dixin

Henkel's Seifenpulver

Hersteller:
Henkel & Co.
Düsseldorf

Schiedspruch im Müllkutscherstreik

Der langandauernde Streik der Müllkutscher scheint seinem Ende entgegenzugehen. Das Reichsarbeitsministerium fällt Dienstag mit Zweidrittelmehrheit einen Schiedspruch. Durch die vorher abgegebenen Erklärungen beider Parteien, vorbehaltlich der Zustimmung der Streikenden, ist der Spruch rechtsverbindlich. Die streikenden Müllkutscher nahmen gestern nachmittags Stellung zu dieser Angelegenheit. Bis Redaktionsschluss lag uns eine Mitteilung über die Annahme des Spruches und Wiederaufnahme der Arbeit nicht vor. Es ist aber anzunehmen, daß der Abbruch des Streiks beschlossen wird.

Einrichtung eines städtischen Sportplatzes in Budow. Das Neuföllner Bezirksamt wird das an der Chaussee in Budow belegene städtische Gelände unter Auspachtung des anrenzenden im Eigentum des Evangelischen Pfarramts Budow befindlichen Grundstücks zu einem großen Sportplatz von 2 1/2 Morgen herrichten lassen. Die erforderlichen Instandsetzungsarbeiten, wie Einmündung und teilweise Ansaumung sind bereits in Angriff genommen, so daß die Anlage in Kürze zur Benutzung freigegeben werden kann. Das Vorliegen zahlreicher Anträge von Sportvereinen auf zeitweise Ueberlassung des Platzes dokumentiert zur Genüge das starke Bedürfnis für die Einrichtung einer solchen Anlage im südlichen Teil des Bezirks. Ueber die Vergebung des Platzes entscheidet in allen Fällen das Bezirksamt. Die Beschlüsse, wofür Benuhungsanträge schriftlich anzubringen sind.

Wieder ein Anschlag auf einen Eisenbahnzug. Am Montag abend gegen 7 Uhr wurde auf den Zug Nr. 1856 von der Schönflieher Brücke her ein Stein geschleudert, durch den eine Fenster Scheibe zertrümmert. Personen aber nicht verletzt wurden. Unter Hinweis auf die für jeden einzelnen Fall ausgegebene Belohnung von 5000 Mark werden Personen, die zur Aufklärung zweifelhafte Mitteilungen machen können, ersucht, diese an Kriminalkommissar Dr. Niemann, Dienststelle B 1, 16, Zimmer 35 des Berliner Polizeipräsidiums zu richten.

Eine tenre Nacht. Von der „Freundin“ um Brillanten im Werte von einer halben Million bestohlen wurde in der vergangenen Nacht ein Anwalt aus München. Der Mann war geschäftshalber nach Berlin gekommen und hatte nach Abwicklung der Geschäfte verschiedene Vergnügungsorte aufgesucht, und sich dabei eine kleine Freundin angeschafft,

die ihn schließlich nach einem Privat-Hotel in der Nähe des Spittelmarktes brachte. Morgens, als er aufwachte, war er jedoch allein, die Freundin und mit ihr seine Brillanten, Iose und gefasste Steine, im Werte von einer halben Million Mark. Der Kriminalpolizei ist es gelungen, die Diebin festzunehmen als eine 21 Jahre alte aus Hamburg stammende Johanna Dallwager, die sich wohnungslos in Berlin umhertrieb. Bis jetzt konnte sie noch nicht ergriffen werden. Auf ihre Ergreifung und die Wiederbeschaffung der Steine ist eine hohe Belohnung ausgesetzt.

Welffeiertag

Unter diesem Titel erschien soeben im Verlag der „Freiheit“ eine Festschrift, die am 1. Mai in die Hand eines jeden Arbeiters gehört. Sie enthält Beiträge von Ledebour, Crispin, Doria, Anna Remis, Rudolf Werf, Ernst Toller, Hans Rademacher und Maxime Gorki, sowie Zeichnungen von Karl Weber. Der Einzelpreis dieser Festschrift beträgt 2 M. Bei Bezug bis zu 500 Exemplaren 1,40 M., 500 Exemplare und darüber 1,20 M., 1000 Exemplare und mehr 1,00 M. pro Stück. Bestellungen sind zu richten an den Verlag: Buchhandlung „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Str. 8-8.

Parteiveranstaltungen

- 8. 7. J. Berlin Mitte. Begründungsfeier für die Schulklassen am Sonntag, den 9. April, abends 7 Uhr, in der Aula der 110. Gemeindefschule, Schönhauser Allee 166a. Eintrittspreis 2 M. Karten sind an der Kasse und bei den Funktionären zu haben.
Donnerstag, den 6. April.
8. April, 7 Uhr, Sitzung der Bildungs-Kommission im Volkshaus, Schule Langer Straße.
9. April (Wedding), Vorstandssitzung, abends 7 Uhr bei Frau, Ullrichstraße Nr. 21.
Freitag, den 7. April.
14. Parteivorstand Berlin (West). Zusammenkunft der sozialistischen Elternvereine und Lehrer im Reichshaus der 32. Schule, Müllerstraße.
20. April (Kreuzberg). Zusammenkunft der Genossen abends 7.30 Uhr, im Reichshaus der 32. Schule, Müllerstraße.
14. April, 7.30 Uhr abends Vorstandssitzung bei Töllner, Schwedter Straße 23. Die Redatoren, Schriftführer, sowie die Eltern der Kommunisten müssen unbedingt erscheinen.

- Neuföllner-Bezirk. Vorkasse abholen 5-7 Uhr, im Paradies. - Sitzung der Geschäftsleitung, 7 Uhr, im Paradies.
1. Parteivorstand Berlin-Mitte, 1., 2. und 3. Bezirk, bei Tom's Schillingstraße 9, abends 7 Uhr, Sitzung bei engem Schluß der Stadt- und Bezirkskommissionen und Mitgliedern der Reichs-Kommision. Tagesordnung: Kommunalangelegenheiten und Beschlüsse.
8. April, abends 7 Uhr, Sitzung der 2. Abteilung. Persönliche Erklärungen im Hinblick auf eine reiche Tagesordnung vorliegt. Vorstandsmittglieder sind eingeladen.
7. April, Vorstandssitzung, abends 7.30 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 27, 20. Bezirk (Kreuzberg). Erweiterte Vorstandssitzung, abends 7 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 9.
Parteivorstand Berlin (West). Zusammenkunft der sozialistischen Elternvereine und Lehrer im Reichshaus der 32. Schule, Müllerstraße.
9. April (Wedding). 1. Abteilung: Neuföllnerkonferenz, abends 7 Uhr bei Frau, Ullrichstraße 21. - 2. Abteilung: Bezirkskommissionen, abends 7 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 9.
12. Parteivorstand Berlin (West). Zusammenkunft der sozialistischen Elternvereine und Lehrer im Reichshaus der 32. Schule, Müllerstraße.
6. April, abends 7.30 Uhr Vorstandssitzung bei Töllner, Schwedter Straße 23.

Sonntag, den 8. April.

- 1. Bezirk (Berlin-Mitte). Funktionärenkonferenz, Sonntag abends 7 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 21. Persönliche Erklärungen im Hinblick auf eine reiche Tagesordnung vorliegt. Vorstandsmittglieder sind eingeladen.
2. Bezirk (Kreuzberg). Funktionärenkonferenz, Sonntag abends 7 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 9. Persönliche Erklärungen im Hinblick auf eine reiche Tagesordnung vorliegt. Vorstandsmittglieder sind eingeladen.
3. Bezirk (Wedding). Funktionärenkonferenz, Sonntag abends 7 Uhr, bei Frau, Ullrichstraße 21. Persönliche Erklärungen im Hinblick auf eine reiche Tagesordnung vorliegt. Vorstandsmittglieder sind eingeladen.

Vereinskalendar

- Vereinigung der Freunde von Religion und Völkern. Am Sonntag, den 6. April, abends 7.30 Uhr, hält der sozialistische Arbeiter-Verein in der Leibniz-Chorstraße, Charlottenburg-Schloßstraße 126/127 (nahe Knie-See) einen Vortrag „Der Weg zum Glück“. Alle Parteigenossen sind herzlich eingeladen.
Donnerstag, den 6. April.
Vereinigung der Freunde von Religion und Völkern. Am Sonntag, den 6. April, abends 7.30 Uhr, hält der sozialistische Arbeiter-Verein in der Leibniz-Chorstraße, Charlottenburg-Schloßstraße 126/127 (nahe Knie-See) einen Vortrag „Der Weg zum Glück“. Alle Parteigenossen sind herzlich eingeladen.
Freitag, den 7. April.
Leibniz-Chorstraße 4. Mitglieder-Versammlung.
Besondere Mitteilung für die Redaktion Robert Gericke: Ein für den Parteitag und geschäftliche Mitteilungen: Adm. Kom. des Berliner Parteivorstandes, Berlin, C. 2, Breite Str. 8-8, Berlin C. 2, Breite Str. 8-8, Berlin C. 2, Breite Str. 8-8.

HERMANN Tietz BILLIGE Lebensmittel

Table with multiple columns listing food items and prices. Items include Karpfen, Weisskohl, Frisches Fleisch, Kochkäse, Landleberwurst, etc. Prices are listed in Pfund and Mark.

Advertisement for 'Russische Korrespondenz Nr. 1-3' by Carl Hoym Nachf. Louis Cahmbley Hamburg. Content includes Lenin's economic policy, Kamenev's views, and other political articles.

Advertisement for 'Teilzahlung! Garderobe' and 'Altmetalle, Kupfer' by Tyra & Co. Berlin. Includes details about furniture and metal recycling.

Kleine Anzeigen

Large advertisement for 'Porath's Kinder- und Krankennahrung' (Porath's Food for Children and Sick). Includes a list of agents and distributors across various districts.